

Deutschland vor den Wahlen

Autor(en): **Fernau, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **22 (1919-1920)**

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-750140>

Nutzungsbedingungen

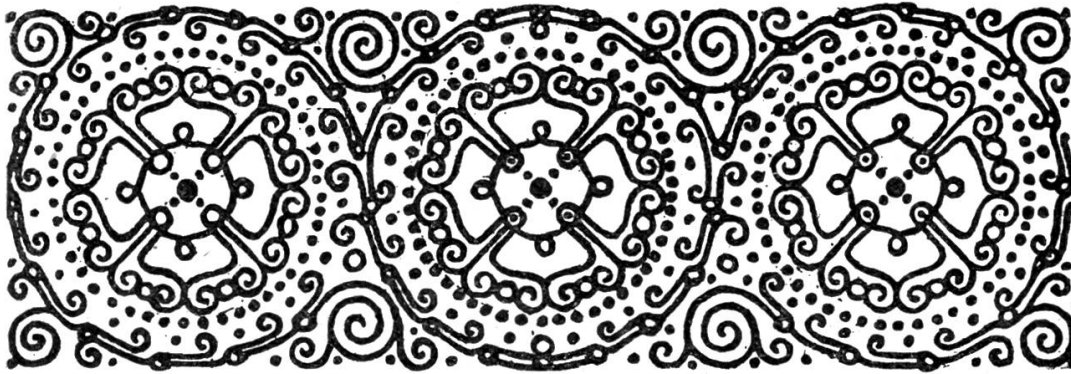
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



DEUTSCHLAND VOR DEN WAHLEN

Die am 6. Juni stattfindenden Wahlen zum ersten Reichstag der deutschen Republik sind ein erster Ruhe- und Abrechnungspunkt in der bewegten Geschichte der deutschen Gegenwart. War die Republik bisher nur ein aus der militärischen Niederlage, das heißt halb aus dem Diktat des Siegers entstandenes Provisorium, so soll und wird sie mit diesen Wahlen als Definitivum auf das breite Fundament des frei ausgedrückten Volkswillens gestellt werden.

Denn dass die Republik aus diesem Wahlkampf als Siegerin hervorgehen wird, das unterliegt keinem Zweifel. Vergewärtigen wir uns einen Augenblick die ungeheuren Schwierigkeiten, unter denen die Republik entstand, und werfen wir zugleich einen kurzen Blick auf die von ihr geschaffenen politischen und sozialen Reformen, dann werden wir begreifen, warum trotz aller Nöte der Gegenwart das deutsche Volk ihr seine Stimme geben wird.

Wohl selten in der Weltgeschichte hat ein Land einen furchtbareren Zusammenbruch erlitten als Deutschland im November 1918. Die Brutalität des Hohenzollernregimes, der vierjährige Krieg und die Revolution hatten auf allen Gebieten eine beispiellose Verwahrlosung hinterlassen. Männer, die nicht einmal eine theoretische Ahnung von der Regierungskunst hatten, übernahmen inmitten der allgemeinen moralischen, politischen und wirtschaftlichen Bestürzung die Führung der Nation. Es waren schlichte Parteiführer, Bürger, Arbeiter, Bauern, die mit mehr oder weniger Intelligenz und Selbstlosigkeit den Versuch machten, die unheilvolle Erbschaft der Hohenzollern zu liquidieren. Vergebens wartete Deutschland auf den überragenden Staatsmann, der, vom Vertrauen der Nation getragen, das

deutsche Wrack aus den Stürmen des Krieges in den sicheren Hafen der inneren Sammlung und Einigkeit zurückgeführt hätte. Das revolutionäre Deutschland hat keinen solchen Nationalhelden hervorgebracht; Deutschlands Schicksal wurde von der Mittelmäßigkeit einiger Parteihäuptlinge bestimmt, die wiederum die Gefangenen ihrer Parteiprogramme blieben.

Dadurch, dass diesen Männern die innere Größe und die äußere Autorität fehlte, wurde der Heilungsprozess bedeutend erschwert. Die am 19. Januar 1919 gewählte Nationalversammlung bot das Bild einer von ehrlichem demokratischen Willen beseelten, aber nicht eben sehr selbstbewusst auftretenden Mehrheit. Unter der Leitung der aus ihr gebildeten Koalitionsregierung ist es der jungen deutschen Republik trotzdem gelungen, sich aus dem ärgsten Chaos heraus zu einem Staatswesen zu entwickeln, das zwar noch nicht geordnet und gefestigt, aber offenbar doch auf dem Wege zur allmählichen Gesundung ist.

Mühsam, aber zuletzt doch siegreich haben Regierung und Nationalversammlung allen revolutionären Anstürmen von rechts und links widerstanden. Mit zäher und heut bereits von Erfolg gekrönter Energie haben sie den Kampf gegen die durch Krieg und Revolution maßlos entfesselte Gewinn- und Genußsucht aufgenommen. Das Streikfieber und die berüchtigte „Faulheitswelle“, die das deutsche Wirtschaftsleben in Grund und Boden zu ruinieren drohten, sind langsam verebbt. Deutschland arbeitet wieder und beginnt wieder, an sich selbst zu glauben. Das Allerschlimmste, der *Staatsbankrott*, konnte *vermieden* werden. Trotz einer enormen Verschuldung, Teuerung und Geldentwertung ist Deutschland ein kreditfähiges und kreditwürdiges Land geblieben, und just die in den letzten Monaten erfolgte stetige Besserung des Markkurses beweist, dass die internationale Hochfinanz heut mehr denn je an eine langsame Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft glaubt.

Wie ernst es der Koalitionsregierung und Nationalversammlung mit einer gründlichen Neuorientierung der deutschen Politik war, das hat sie in großartiger Weise durch die von ihr ausgearbeitete und proklamierte *Verfassung* bewiesen. Die Vorzüge der neuen deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind viel zu wenig bekannt; man darf ohne Übertreibung sagen, dass sie in der Verfassungsgeschichte aller Zeiten und Völker einen Rekord aller

staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten darstellt. Denn vom denkbar gerechtesten Wahlrecht bis zur Wahlberechtigung der Frau, von der Ministerverantwortlichkeit bis zum Volksreferendum sind in dieser Verfassung so ziemlich alle Forderungen verwirklicht worden, die die erlauchtsten Theoretiker der Demokratie seit Jahrhunderten als demokratische Ideale aufgestellt haben.

Nicht minder kühn und bahnbrechend ist die deutsche Republik auch auf dem Gebiete der *Sozialreform* vorgegangen. Ideale, die von der Arbeiterschaft seit Jahrzehnten hoffnungslos erträumt worden sind, wurden von ihr mit einem Schlag verwirklicht. So wurde der *Achtstundentag* als Reichsgesetz für alle Berufe proklamiert, eine großzügige *Arbeitslosenversicherung* geschaffen, die *Nachtarbeit* für Frauen und Kinder *verboten*, die vormärzliche *Gesindeordnung aufgehoben* und die von Bismarck ursprünglich nur als Ablenkung revolutionärer Energien gedachte *Sozialversicherung* in der denkbar freiheitlichsten Weise *ergänzt und ausgebaut*.

Vor allen Dingen aber wurde mit dem *Betriebsrätegesetz* vom Februar 1920, ein erster grundlegender Schritt auf dem Wege zur allmählichen Aussöhnung zwischen Kapital und Arbeit gemacht; dieses Gesetz sichert dem Arbeiter zum ersten Mal ein direktes Mitbestimmungsrecht in der Leitung industrieller und kommerzieller Unternehmungen zu; es gewährt, wie mir kürzlich ein maßgebender Arbeiterführer lächelnd versicherte, der Arbeiterschaft eigentlich mehr Rechte, als sie nach Maßgabe ihrer heutigen Allgemeinbildung brauchen kann.

Insgleichen hat man mit dem vielerörterten Problem der *Sozialisierung* einen Anfang im Gebiete des Elektrizitätswesens gemacht.

In einigen Fällen schoss der soziale Reformeifer der Republik so sehr über das Ziel hinaus, dass er von den Arbeitern inzwischen selbst korrigiert werden musste. So verlangten beispielsweise die Arbeiter die Wiedereinführung der vom Rat der Volksbeauftragten verbotenen Akkordarbeit, weil sich deren Abschaffung in der Praxis als eine Prämie für schlechte Arbeiter herausgestellt hatte; so wurde ferner die Verstaatlichung gewisser Betriebe rückgängig gemacht, weil man fälschlich für Sozialisierung gehalten hatte, was in der Praxis ein Ruin für die betreffende Industrie geworden wäre.

Die deutsche Republik hat also ihr Hauptaugenmerk auf die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen gerichtet. Stolz darf der deutsche Arbeiter heute behaupten, dass er an politischen und sozialen Rechten alles besitzt, was ihn, Befähigung und Gemeinsinn vorausgesetzt, zum selbstbewussten Herrn seines Schicksals machen könnte. Denn theoretisch ist ihm schon heute die *legale* Möglichkeit gegeben, von der Privatwirtschaft zum sozialistischen Regime überzugehen. Aber mehr als legale Möglichkeiten kann die Demokratie nicht geben. Und es ist recht bezeichnend, dass heute sogar der Führer der deutschen Kommunisten (Dr. Levi) zugeben muss, dass die Arbeiterschaft für die restlose Übernahme der Produktion und Güterverteilung noch lange nicht reif ist.

* * *

Doch ach, diese Republik, die, wenn sie sich einmal endgültig aus Not und Teuerung herausgearbeitet haben wird, die schönste Republik der Welt zu werden verspricht, besitzt *drei grobe Schönheitsfehler*, die ihre Freunde um so mehr mit Bedenken erfüllen, als sie noch nicht ins Volksbewusstsein gedrungen zu sein scheinen.

Erstens steht diese Republik, wie ein bekannter Berliner Politiker treffend sagte, „auf einem Bein“. Das heißt, sie stützt sich allzu sehr auf die Arbeiterschaft und hat es versäumt, die große *agrarische Revolution* vorzunehmen, die 1789 in Frankreich und 1917 durch die Bolschewisten in Russland vorgenommen wurde und dem feudalen Großgrundbesitz ein Ende bereitet. Der junkerliche Großgrundbesitz besteht nach wie vor weiter und mit ihm gewisse Vorrechte der Junker. Die Bauernschaft, die noch im Januar 1919 begeistert für die Republik gestimmt hatte in der Hoffnung, sie werde ihnen ein Stück Land in Pacht oder gar als Eigentum geben, sieht sich in ihren Hoffnungen betrogen und steht heute grollend beiseite. Der Landadel und seine Vorrechte in der kommunalen Verwaltung sind nur formell aufgehoben worden. In Wahrheit sitzt der „Gutsherr“ noch immer als kleiner Potentat auf seinem „Dominium“ und tyrannisiert, wenn es ihm gefällt, ungestraft die Gemeinde. Zwar sind auch die Landarbeiter inzwischen gewerkschaftlich organisiert worden und die Ostelbier müssen sich allmählich dazu bequemen, mit ihnen über Löhne und Arbeitszeiten zu verhandeln; aber jene große agrarische Revolution, die mit der

wirtschaftlichen auch die politische Macht der Junker endgültig gebrochen und einen freien Bauernstand geschaffen hätte, ist leider nicht erfolgt. Und wenn sich heute die Führer der monarchistischen Gegenrevolution mit ihren Truppen auf die „Güter“ des ostelbischen Adels zurückziehen, um dort neue Komplote gegen die Republik zu schmieden, so muss die Berliner Regierung beschämt zugehen, dass die Selbstherrlichkeit der Junker noch immer eine Tatsache ist, die ihr früher oder später gefährlich werden könnte, wenn es nicht beizeiten gelingt, einen freien Bauernstand als Gegengewicht zu schaffen.

Zweitens besitzt die deutsche Republik *noch keine zuverlässige Wehrmacht*. Was sich von der alten kaiserlichen Armee laut Versailler Vertrag als „Reichswehr“ erhalten hat, das steht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, unter dem Befehl reaktionärer Offiziere. Diese Reichswehroffiziere haben der neuen Regierung zwar den Treueid geleistet, aber sie trachten begreiflicherweise insgeheim danach, möglichst bald die alten Zustände zurückzuführen. Die Regierung tut, was sie kann, um endlich ein republikanisches Offizierskorps heranzubilden, aber sie erzielt vorläufig nur Scheinerfolge; sie muss froh sein, wenn es ihr da und dort gelingt, allzu aufsässige Monarchisten nach Art der Lüttwitz, Ehrhard und Genossen ohne allzu viel Aufsehen aus der Armee zu entfernen. Da es sich für diese Offiziere meistens um eine Existenzfrage handelt und sie erklärlicherweise das Vertrauen ihrer Mannschaften besitzen (schon deshalb, weil auch diese nicht wissen, was sie im Zivilleben anfangen sollen), so steht die Regierung vor einem schier unlösbaren Problem. Sie ist machtlos, die Bestimmungen des Versailler Vertrages durchzuführen (Reduktion der Reichswehr etc.), weil sie machtlos ist, den zu entlassenden Offizieren und Mannschaften einen vollwertigen Zivilersatz für ihre verlorene Karriere zu bieten. Sie weiß außerdem, dass die reaktionären Offizierskorps der Reichswehr und der sonstigen Truppenverbände das Äußerste zu wagen bereit sind, um wieder zur Macht zu gelangen. Sie fürchtet einerseits die Tollkühnheit dieser Abenteurer, die nichts zu verlieren und alles zu gewinnen haben; sie fürchtet andererseits die Repressalien der Entente, wenn sie den Vorschriften des Versailler Vertrages nicht nachkommt. Was soll sie tun? Die Wählerschaft wird ihr am 6. Juni zweifellos antworten, sie solle die Reichswehr über-

haupt auflösen und eine aus Arbeitern bestehende Sicherheitswehr bilden. Aber abgesehen davon, dass eine Auflösung zurzeit gar nicht denkbar ist, besteht für die Regierung die Gefahr, dass sie mit der Übertragung des Schutzes der Republik an revolutionäre Arbeiterbataillone den Teufel durch Beelzebub austreiben könnte.

Der dritte und vielleicht größte Schönheitsfehler der deutschen Republik aber ist zweifellos *ihre Stellung und ihr Ansehen nach außen hin*. Es ist eine Tatsache, auf die ich an dieser Stelle schon wiederholt hingewiesen habe, dass die Revolution zwar ein neues, demokratisches Staatswesen errichtet hat, dass sie aber nicht endgültig mit der Vergangenheit brach und nicht imstande war, das große Misstrauen zu besiegen, das die Sieger von den Männern des alten Regimes auf die des neuen übertragen mussten. Sämtliche heute in Deutschland regierenden Männer gehören zu denen, die wider alle geschichtlich erwiesenen Tatsachen hartnäckig an der Legende festhalten, Deutschland habe einen Verteidigungskrieg gegen einen ruchlosen Überfall geführt und verdiene also nicht die schwere Sühne, die der Versailler Vertrag ihm in finanzieller Beziehung auferlegt. Und das Merkwürdigste dabei ist, dass alle diese Männer, vom Präsidenten Ebert angefangen bis hinunter zum kleinsten Staatssekretär, *gar kein Gefühl* für die grundlegende Bedeutung dieses „Schuldfragen“problems zu haben scheinen. Seelenruhig ernennen sie zum Beispiel einen der schlimmsten Sozialimperialisten, der zu Beginn des Krieges den Belgiern in geradezu zynischer Weise klar machte, man habe die belgische Neutralität verletzen müssen, um hunderttausend deutsche Soldatenleben zu sparen, ... ernennen den Dr. Koester zum Auslandsminister der deutschen Republik. Und wundern sich nachher, warum das ehemals feindliche Ausland in dieser Ernennung einen neuen Beweis dafür erblickt, dass die deutsche Republik nur eine maskierte Fortführung des Kaiserreichs sei. Die derzeitige Regierung der deutschen Republik glaubt ohne weiteres, die Entente werde vergessen, dass dieselben Männer, die heute über Deutschland regieren, dem letzten Hohenzollern die Kredite für seinen Eroberungskrieg bewilligt haben. Sie sind erstaunt, dass das Misstrauen der Franzosen nicht aufhören will und begreifen nicht, dass sie selbst und ihr Verhalten während des Krieges der erste Anlass zu diesem Misstrauen sind. — Die deutsche Republik hat unter diesen Umständen durch *eigenes Ver-*

schulden nach außen hin einen schweren Stand. Was nützen ihr die schönsten Reformen im Innern, was nützt dem deutschen Volke die großartige Gewissheit, dass es nunmehr in der „vollkommensten Demokratie“ lebt, wenn besagte Demokratie keine internationale Achtung genießt, keine gleichberechtigte diplomatische Rolle spielt, kein vollwertiges Mitglied des Völkerbundes ist und demütig um Konzessionen betteln muss, die unter anderen Umständen eine Selbstverständlichkeit wären?

* * *

So präsentiert sich die deutsche Republik am 6. Juni der Wählerschaft.

Die *reaktionäre Opposition* zu dieser Republik findet in der antisemitischen Deutschnationalen Volkspartei und in der antisozialistischen Deutschen Volkspartei ihren Ausdruck, zwei Parteien, die mehr oder weniger offen auf die Wiedererrichtung der Monarchie zuarbeiten.

Die *revolutionäre Opposition* ist in der Unabhängigen Sozialdemokratie, im kommunistischen Spartakusbund und in den verschiedenen sonstigen kommunistischen und syndikalistischen Arbeiterparteien verkörpert, die der Republik vorwerfen, sie stehe nach wie vor im Dienste kapitalistischer Interessen (daher ihre Forderung der Rätediktatur) und sei nur eine Parodie des Kaiserreichs.

In der Mitte stehen die *eigentlichen Regierungsparteien*: die sogenannte Mehrheitssozialdemokratie, die Deutschdemokratische Volkspartei und die Christliche Volkspartei (Zentrum). Aus ihrer Mitte wurden alle bisherigen Minister entnommen und ihrer Zusammenarbeit verdankt die Republik alle oben erwähnten Vorzüge und Fehler. So weit es sich um die innere Ausgestaltung des deutschen Hauses handelt, brauchen sie sich, nachdem nunmehr die allzu kompromittierten Politiker wie Erzberger, Noske, Heine usw. entlassen worden sind, ihres Werkes nicht zu schämen. Dass diese Parteien andererseits durch ihre schroff ablehnende Haltung in der oben erwähnten „Schuldfrage“ eine so verhängnisvolle Rolle in der deutschen Außenpolitik gespielt haben, das machen ihnen die Wähler *nicht* zum Vorwurf, weil sie, das sei nochmals betont, *noch gar kein Verständnis* dafür haben. Schuldfrage, Abrechnung mit dem alten Regime, Bestrafung der Schuldigen am Weltkrieg, Außen-

politik, Völkerbund usw. bilden eben diesmal noch *nicht* die „Plattform“ für die Reichstagswahlen. Die einzige Partei, die heute schon Sinn für diese tieferen, moralischen Probleme zeigt, ist die der Unabhängigen (Richtung Kautsky, Ströbel).

Die Stellung der Regierungsparteien wird also nicht durch ihre hurratriotische Vergangenheit erschwert, sondern durch die Tatsache, dass die Republik den Volksmassen *noch kein Brot* gebracht hat. Die wirtschaftlichen Nöte der Gegenwart (maßlose Teuerung, Lebensmittelknappheit, Geldentwertung, Rohmaterialienmangel usw.) vergrößern die Masse der Unzufriedenen rechts und links, machen den Oppositionsparteien die Propaganda leicht und lassen, auf Kosten der Regierungsparteien, ein bedeutendes Anschwellen der Stimmen für die Deutsche Volkspartei, mehr noch aber für die Unabhängige Sozialdemokratie erwarten. Sollten die Reaktion rechts und die Revolution links zusammen mehr Sitze im neuen Reichstag erhalten als die drei bisherigen Koalitionsparteien, dann käme die demokratische Republik ernsthaft in Gefahr und würde, zweifellos unter dem Drucke der Unabhängigen, früher oder später in eine sozialistische Räterepublik ausarten. Es steht aber zu hoffen, dass dieser Fall nicht eintreten und dass auch der neue Reichstag wieder eine Mehrheit für die bisherigen Regierungsparteien ergeben wird.

Auf keinen Fall wird die Rechte in diesen Wahlen so triumphieren, dass daraus eine Gefahr für das republikanische Prinzip entstehen könnte. Der 6. Juni wird aufs neue beweisen, dass Deutschlands Volk endgültig mit der Vergangenheit gebrochen hat und von dem ernstesten Willen beseelt ist, in Frieden und Freundschaft mit seinen Nachbarn am vernunftgemäßen Ausbau seiner Republik weiterzuarbeiten. Es wird Sache der Führer sein, diese Volkswünsche endlich in Taten umzusetzen, die dem Ausland neues Vertrauen einflößen und Deutschland jene internationale Gleichberechtigung wiedergeben, ohne die es nicht leben kann.

BERLIN

HERMANN FERNAU

□ □ □

Dies wirkt es, das Glück: es überzeugt dich, dass du nie und nimmer unglücklich werden könntest. Und des Unglücks Wesen, worin liegt es sonst, als in der Lüge, mit der es dich betört: du könntest nie mehr glücklich werden?

H. LONCAR

□ □ □